Katholische
Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen

Denken in Chancen!

Jugendsozialarbeit im Spannungsfeld gesellschaftlicher Veränderungen

Aktivitäten 2025

Vorwort **03**

Auf politische Ereignisse reagieren **04**

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds 05

Bundestagswahl 06

Kommunalwahl in NRW 07

Demokratie unter Druck – vom sogenannten Neutralitätsgebot bis zu populistischen Anfeindungen 09

Demokratiebildung und politische Teilhabe 10

Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten 11

„Junges Wohnen" – kaum jugendwohnkompatibel 13

Landes- und fachpolitische Entwicklungen **14**

Landespolitische Entwicklungen am Übergang Schule – Beruf in NRW 15

Jugendberufsagenturen 16

Arbeitsmarktpolitische Entwicklungen – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III 18

Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen auf Angebote der Jugendberufshilfe 19

Integration und Jugendmigrationsdienste in Nordrhein-Westfalen 2025 20

Kommunales Integrationsmanagement (KIM) 22

Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit 22

Entwicklungen und Herausforderungen im Integrationsgeschehen 23

Fachpolitische Schlussfolgerungen 24

Soziale Arbeit an Schulen – Startchancen, Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams 24

Veränderungen in den Unterstützungsbedarfen junger Menschen als Querschnittsthema – psychische Belastungen 25

Statistik 2025 26

Partizipation und Prävention in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen 28

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene **29**

Fachlicher Austausch und Vernetzung 30

Informationen aus Bund und Land – fachpolitische Entwicklungen im Austausch 30

Informationen aus den Einrichtungen – Praxis im Austausch 30

Kirchenpolitischen Herausforderungen begegnen 31

Katholische Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländern 32

Impressum **34**

2025

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Vorwort

Liebe Leser*innen,

das Jahr 2025 war ein Jahr großer politischer Weichenstellungen und zugleich spürbarer Verunsicherung. Mit der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD wurde das Ressort für Kinder- und Jugendhilfe im neu zugeschnittenen Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gebündelt. Zugleich hat die Bundesregierung 2025 eine grundlegende Reform des Sozialstaats angestoßen: Das Bürgergeld wird zu einer neuen Grundsicherung nach dem Prinzip „Fördern und Fordern" umgestaltet – mit strengeren Mitwirkungspflichten und schärferen Sanktionen. Und die Regierung plant weitere tiefgreifende Veränderungen in den Bereichen Gesundheit, Altersvorsorge und auch in der Kinder- und Jugendhilfe.

Positiv hervorzuheben ist, dass das Land NRW auch 2025 den Kinder- und Jugendförderplan (KJFP NRW) dynamisiert fortgeschrieben und die Fördermittel damit verlässlich an die Tarif- und Preisentwicklung angepasst hat – ein wichtiges Signal der Planungssicherheit für unsere Träger in wirtschaftlich angespannten Zeiten. Gleichzeitig stellen wir jedoch fest, dass die problematische Situation kommunaler Haushalte zunehmend dazu führt, dass (nicht nur) strukturelle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nicht weiter gefördert werden.

Von all diesen Entwicklungen sind gerade junge Menschen betroffen: Viele Jugendliche erleben soziale Ungleichheit hautnah, sorgen sich um ihre wirtschaftliche Zukunft und fühlen sich politisch zu wenig gehört. Ein raueres, polarisierteres gesellschaftliches Klima sowie der technologische Sprung durch Künstliche Intelligenz prägen ihr Aufwachsen zusätzlich; Übergänge in Schule, Ausbildung und Beruf gelingen längst nicht allen gleichermaßen. Und nach wie vor gilt fast jeder vierte Jugendliche in Deutschland als armutsgefährdet.

Mit unserer vielfältigen Arbeit möchten wir zur Entwicklung einer gerechteren Gesellschaft beitragen. Für junge Menschen am Übergang in Ausbildung und Beruf ist entscheidend, dass dieser Kurswechsel nicht zulasten von Teilhabe und Qualifizierung geht. Alle jungen Menschen, besonders jene, die in prekären Lebenslagen leben oder von Benachteiligungen betroffen sind, müssen verlässlich unterstützt statt vorschnell sanktioniert werden.

Wir danken sehr herzlich all unseren Partner*innen in Politik und Verwaltung, Kirche und Wissenschaft, mit denen wir im Jahr 2025 vertrauensvoll zusammenarbeiten durften, und laden Sie herzlich ein, sich auf den folgenden Seiten über unsere Aktivitäten im vergangenen Jahr zu informieren und zu erfahren, welche Themen und Schwerpunkte unsere Arbeit geprägt haben.

Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre.

Selina Säger
Vorstandsvorsitzende

Stefan Ewers
Geschäftsführer

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

- Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds
- Bundestagswahl
- Kommunalwahl in NRW
- Demokratie unter Druck – Demokratiebildung und politische Teilhabe
- Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten
- „Junges Wohnen“ – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Auf politische Ereignisse reagieren

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds

Bundestagswahl

Kommunalwahl in NRW

Demokratie unter Druck

Demokratiebildung und politische Teilhabe

Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten

„Junges Wohnen" – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds

Ein fachpolitischer Schwerpunkt des Jahres war die geplante Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der Europäischen Union ab 2028 und ihre möglichen Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds (ESF). Der ESF ist seit vielen Jahren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ein zentrales Förderinstrument für benachteiligte junge Menschen – in Nordrhein-Westfalen insbesondere im Übergang Schule – Beruf sowie auf Bundesebene unter anderem durch das Programm JUGEND STÄRKEN und Austauschprogramme wie Erasmus+.

Mitte Juli 2025 legte die Europäische Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen ihren Vorschlag für den EU-Haushalt der Förderperiode 2028 bis 2034 vor. Ausgangspunkt der Überlegungen sind tiefgreifende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen wie der demografische Wandel, die grüne und digitale Transformation sowie die Notwendigkeit, auf internationale Krisen schneller reagieren zu können. Nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission soll der zukünftige Mehrjährige Finanzrahmen einfacher, flexibler und stärker wirkungsorientiert ausgestaltet werden. Gleichzeitig werden grundlegende Veränderungen der europäischen Förderarchitektur diskutiert – insbesondere hinsichtlich der Verteilung der Fördermittel zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten.

Diese Entwicklungen haben auch unmittelbare Bedeutung für Nordrhein-Westfalen. Im aktuellen Landeshaushalt werden wesentliche Standardelemente der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA) aus Mitteln des Landes-ESF finanziert. Sollte sich die Förderstruktur künftig verändern, könnten diese Mittel nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Die LAG KJS NRW hat sich deshalb sowohl auf europäischer Ebene über die BAG KJS als auch auf Landesebene aktiv in die Diskussion eingebracht. In einem Schreiben an NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann machte sie auf die möglichen Folgen einer veränderten ESF-Förderung aufmerksam und bat um Unterstützung für den Erhalt verlässlicher Förderstrukturen. Hintergrund ist unter anderem, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen zunehmend Programme der Jugendförderung über ESF-Mittel finanziert. Minister Laumann sagte zu, sich für den Fortbestand des Europäischen Sozialfonds einzusetzen.

Ergänzend veröffentlichte die LAG KJS NRW einen Beitrag in *Jugendsozialarbeit aktuell,* in dem die damals bekannten Reformüberlegungen eingeordnet und die möglichen Auswirkungen auf die Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen dargestellt wurden.

Die Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen wird die Jugendsozialarbeit auch im Jahr 2026 weiter begleiten. Mit der Konkretisierung der europäischen Förderpolitik wird sich zeigen, welche Auswirkungen die

Die zukünftigen Veränderungen im mehrjährigen Finanzrahmen haben auch unmittelbare Bedeutung für Nordrhein-Westfalen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

- Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds
- **Bundestagswahl**
- Kommunalwahl in NRW
- Demokratie unter Druck
- Demokratiebildung und politische Teilhabe
- Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten
- „Junges Wohnen“ – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

geplanten Veränderungen auf die Finanzierung von Angeboten für benachteiligte junge Menschen haben werden. Für die LAG KJS NRW bleibt es daher eine zentrale Aufgabe, sich weiterhin für verlässliche Förderstrukturen und eine nachhaltige Finanzierung der Jugendsozialarbeit einzusetzen.

Bundestagswahl

Der Bruch der Bundesregierung im November 2024 führte zur vorzeitigen Auflösung des Deutschen Bundestages und damit zu einer vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025. Für die Katholische Jugendsozialarbeit bot sich dadurch die Möglichkeit, ihre fachpolitischen Positionen frühzeitig in den politischen Diskurs einzubringen.

Als Mitgliedsorganisation der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) beteiligte sich die LAG KJS NRW im Rahmen der Kampagne #starkezukunft an der Formulierung von Forderungen an eine neue Bundesregierung. Darüber hinaus übermittelte sie während der Koalitionsverhandlungen gezielt fachpolitische Positionen und Formulierungsvorschläge an Mitglieder der Verhandlungsgruppen aus Nordrhein-Westfalen. Im Mittelpunkt standen unter anderem folgende Themen:

- jugendgerechte Politik,
- Inklusion,
- Integration junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte,
- Fortsetzung des Startchancen-Programms,
- Demokratieförderung und Unterstützung der mentalen Gesundheit an Schulen,
- Ausbau des Engagements gegen Schulabsentismus,
- Stärkung und Ausbau der Studiengänge Soziale Arbeit, Sozialpädagogik und Erziehungswissenschaft,
- Sicherung der Mobilität junger Menschen durch Mobilitätspauschalen (Azubi-Ticket) sowie eine langfristige Förderung des Azubi- und Jugendwohnens,
- Schaffung von Wohnraum für Auszubildende und Studierende durch die Fortsetzung und Vereinfachung des Sonderprogramms „Junges Wohnen“ sowie
- Prüfung eines Grundrechts auf Wohnen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds

Bundestagswahl

Kommunalwahl in NRW

Demokratie unter Druck

Demokratiebildung und politische Teilhabe

Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten

„Junges Wohnen“ – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen

Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen hat die LAG KJS NRW den Koalitionsvertrag in einem Beitrag der Reihe *Jugendsozialarbeit aktuell* fachlich eingeordnet. Dabei wurde deutlich, dass zahlreiche Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Politische Schwerpunktsetzungen sind zwar erkennbar, ihre Umsetzung bleibt jedoch in vielen Bereichen offen. Dies betrifft unter anderem die angekündigte Anpassung des Eingliederungstitels sowie die Erhöhung und Dynamisierung des Kinder- und Jugendplans des Bundes.

Mit der Neuordnung des ehemaligen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Bundesministerium für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend wurden zudem die Zuständigkeiten für Bildung und Jugend neu gebündelt. Beim Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag im Mai 2025 in Leipzig machte Bundesministerin Karin Prien deutlich, dass der Bildungsbereich künftig einen zentralen Schwerpunkt des Ministeriums bilden wird. Gleichzeitig verzichtete die Bundesregierung auf eine eigenständige Abteilung „Jugend" im Ministerium. Die BAG KJS hatte sich im Vorfeld für deren Erhalt eingesetzt, konnte sich mit dieser Position jedoch nicht durchsetzen.

Für die LAG KJS NRW bleibt es eine zentrale Aufgabe, die Umsetzung der im Koalitionsvertrag formulierten Vorhaben kritisch zu begleiten und die Perspektiven der Jugendsozialarbeit weiterhin in die bundespolitischen Diskussionen einzubringen.

Jugendsozialarbeit ist als Teil der Jugendförderung vor allem eine kommunale Aufgabe. Vor diesem Hintergrund ist die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen auch für eine Landesarbeitsgemeinschaft von großem Interesse, auch wenn ihre Auswirkungen in erster Linie die Träger und Einrichtungen vor Ort betreffen.

Mit Blick auf die Kommunalwahl im September 2025 hat die LAG KJS NRW frühzeitig den Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie mit politischen Entscheidungsträger*innen gesucht. Ziel war es, die Bedeutung der Jugendsozialarbeit für gelingende Bildungs- und Teilhabechancen junger Menschen im kommunalen Raum zu verdeutlichen und ihre Anliegen im Vorfeld der Wahl in die politischen Debatten einzubringen.

Die Kommunen tragen eine besondere Verantwortung für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur und der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Entscheidungen auf kommunaler Ebene haben unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenslagen junger Menschen sowie auf die Rahmenbedingungen der Jugendsozialarbeit. Vor diesem Hintergrund hat die LAG KJS NRW ihre fachpolitischen Positionen zu zentralen Handlungsfeldern wie dem Übergang Schule – Beruf, der Integration junger Menschen, der Jugendberufshilfe und der kommunalen Jugendpolitik gebündelt und den kommunalpolitisch Verantwortlichen zur Verfügung gestellt.

Da den Kommunen eine besondere Verantwortung für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur zukommt, haben die Entscheidungen auf kommunaler Ebene unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenslagen junger Menschen sowie auf die Rahmenbedingungen der Jugendsozialarbeit.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

- Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds
- Bundestagswahl
- **Kommunalwahl in NRW**
- Demokratie unter Druck
- Demokratiebildung und politische Teilhabe
- Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten
- „Junges Wohnen“ – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Darüber hinaus wurden bestehende Kontakte genutzt, um auf die Herausforderungen aufmerksam zu machen, vor denen Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit stehen. Hierzu zählen insbesondere der Fachkräftemangel, die zunehmende Komplexität der Unterstützungsbedarfe junger Menschen sowie die Notwendigkeit einer verlässlichen Finanzierung der Angebote.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen hat die LAG KJS NRW außerdem zwei Workshops für pädagogische Fachkräfte der Jugendsozialarbeit angeboten, die sich mit dem Thema Demokratiebildung beschäftigten. Ziel der Veranstaltungen war es, den Teilnehmenden einen praxisnahen Zugang zu bestehenden Methoden und Konzepten der Demokratiebildung zu ermöglichen und zugleich Raum für Reflexion und Austausch zu schaffen.

Im Mittelpunkt der Workshops stand die praktische Erprobung verschiedener Methoden. Die Fachkräfte konnten unterschiedliche Ansätze selbst ausprobieren und dabei unmittelbar erleben, welche Voraussetzungen – etwa hinsichtlich Wissen oder Sprachkompetenz – bei den jeweiligen Zielgruppen erforderlich sind, wie viel Zeit eingeplant werden muss und in welchem Kontext sich die Methoden sinnvoll einsetzen lassen.

Im anschließenden Austausch diskutierten die Teilnehmenden, inwieweit sich die Methoden für ihre jeweiligen Zielgruppen eignen und welche Anpassungen gegebenenfalls erforderlich sind. Dabei wurde deutlich, dass viele Methoden wertvolle Impulse für die pädagogische Arbeit bieten, zugleich jedoch eine sorgfältige Vorbereitung und ausreichende zeitliche Ressourcen voraussetzen. Gerade solche praxisorientierten Formate stellen eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Fortbildungsangebots dar.

Der Wahlerfolg der AfD bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen hat die Rahmenbedingungen sozialer Arbeit vor Ort verändert. In vielen Kommunen und Kreisen hat die Partei Sitze gewonnen und wird künftig über Haushalte, Förderstrukturen und Programme mitentscheiden, die bislang auf Vielfalt, Demokratiebildung und Chancengerechtigkeit ausgerichtet waren. Wo politische Kräfte an Einfluss gewinnen, die Inklusion, Diversität und Gleichstellung infrage stellen, drohen gerade jene Projekte geschwächt zu werden, die jungen Menschen Perspektiven eröffnen – insbesondere denjenigen, die ohnehin benachteiligt sind.

Aus diesem Anlass veröffentlichte die LAG KJS NRW einen Beitrag in *Jugendsozialarbeit aktuell*, der die Bedeutung der Kommunalpolitik für das demokratische Zusammenleben hervorhebt. Er zeigt auf, wie sehr die kommunale Ebene von Vertrauen, gemeinsamer Verantwortung und der Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld geprägt ist. Mit den Wahlerfolgen der AfD gerät diese vertrauensbasierte Form kommunaler Zusammenarbeit zunehmend unter Druck. Zugleich besteht die Sorge, dass kommunale

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds

Bundestagswahl

Kommunalwahl in NRW

Demokratie unter Druck

Demokratiebildung und politische Teilhabe

Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten

„Junges Wohnen“ – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Demokratie unter Druck – vom sogenannten Neutralitätsgebot bis zu populistischen Anfeindungen

Themen stärker polarisiert und für übergeordnete politische Konflikte instrumentalisiert werden könnten.

Darüber hinaus wird befürchtet, dass Personen und Organisationen, die sich für Demokratie, Vielfalt und eine offene Gesellschaft einsetzen, künftig verstärkt unter Druck geraten könnten – etwa durch öffentliche Angriffe, politische Anfragen oder den Versuch, Fördermittel infrage zu stellen. Auch den kommunalen Verwaltungen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Sie stehen vor der Herausforderung, demokratische Werte aktiv zu verteidigen und zugleich handlungsfähig zu bleiben.

Auch im Jahr 2026 wird sich die LAG KJS NRW mit der Frage beschäftigen, wie die Strukturen der Jugendsozialarbeit noch wirksamer gegen antidemokratische Entwicklungen geschützt und demokratische Handlungsspielräume gestärkt werden können.

Die demokratische Gesellschaft steht zunehmend unter Druck. Polarisierung, Desinformation und populistische Positionen prägen den öffentlichen Diskurs und stellen demokratische Institutionen ebenso wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor wachsende Herausforderungen. Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in den Lebenswelten junger Menschen wider und wirken sich auf die Arbeit der Jugendsozialarbeit aus.

Die Debatte um die politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen bestimmte im Jahr 2025 einen Teil der politischen Auseinandersetzungen. Im Zusammenhang mit verschiedenen parlamentarischen Anfragen und Anträgen wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit sich gemeinnützige Träger, die durch öffentliche Mittel gefördert werden, politisch äußern und positionieren dürfen.

Auch in Nordrhein-Westfalen wurde diese Diskussion geführt. Die LAG JSA NRW nahm gemeinsam mit den landeszentralen Trägerzusammenschlüssen der Jugendförderung (G5) Stellung und wies darauf hin, dass freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe Grundrechtsträger sind und ihre Aufgaben selbstständig wahrnehmen. Zugleich wurde die Bedeutung der Kinder- und Jugendför-

Personen und Organisationen befürchten, dass sie künftig verstärkt unter Druck geraten könnten, wenn sie sich für Demokratie, Vielfalt und eine offene Gesellschaft einsetzen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

- Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds
- Bundestagswahl
- Kommunalwahl in NRW
- Demokratie unter Druck
- **Demokratiebildung und politische Teilhabe**
- Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten
- „Junges Wohnen“ – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

derung als Ort der Demokratie und politischen Bildung sowie als zentraler Bestandteil der Prävention politischer Radikalisierung im Jugendalter hervorgehoben.

Die LAG KJS NRW beobachtete den weiteren Verlauf der politischen Debatte intensiv. Ein Monitoring zu Anfragen und Anträgen im NRW-Landtag stellte aktuelle Landtagsdokumente zusammen; ausgewählte Informationen wurden an Träger und Einrichtungen weitergegeben.

Auch beim Fachtag „Jugendsozialarbeit in einer gespaltenen Gesellschaft“ der LAG JSA NRW im März 2025 in Bochum wurde die Auseinandersetzung mit Demokratie, Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Fake News aufgegriffen. Junge Menschen aus Einrichtungen der Jugendsozialarbeit diskutierten mit Wissenschaft und Politik. In Workshops wurden unter anderem Deeskalation, Stärkung der Demokratie, das Erkennen von Fake News sowie Umgangs- und Handlungsstrategien bei rassistischen Äußerungen bearbeitet.

Die aktuellen Entwicklungen machen deutlich, dass es notwendig ist, die eigene Haltung zu präzisieren, Argumente zu schärfen und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Basis des Zusammenlebens einzutreten. Dies kann nur gemeinsam mit den Partner*innen insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe gelingen.

Für die LAG KJS NRW bleibt es daher eine wichtige Aufgabe, demokratische Bildung und Beteiligung in der Jugendsozialarbeit zu stärken und sich gegen demokratiefeindliche Entwicklungen zu positionieren.

Demokratiebildung und politische Teilhabe

Junge Menschen in schwierigen Lebenslagen erleben Benachteiligung nicht nur im Bildungssystem, sondern auch hinsichtlich ihrer politischen Teilhabe. In ihrem Alltag haben sie häufig nur wenige Möglichkeiten, Demokratie zu lernen und zu (er)leben. Daraus ergibt sich die Frage, wie junge Menschen mehr politische Teilhabe erfahren und die Chance erhalten können, ihre Anliegen einzubringen und unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

Mit diesen Fragen beschäftigte sich ein Impulsvortrag von IN VIA Deutschland im Netzwerk der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) im Rahmen der Fachkonferenz „Jugend+Bildung“. Der Impuls lud zugleich zum anschließenden Austausch darüber ein, welche Möglichkeiten die Jugendsozialarbeit hat, politische

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds

Bundestagswahl

Kommunalwahl in NRW

Demokratie unter Druck

Demokratiebildung und politische Teilhabe

Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten

„Junges Wohnen" – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Bildung und demokratische Teilhabe im Alltag ihrer Angebote zu verankern.

Auch auf Landesebene griff die LAG KJS NRW das Thema auf. Unter dem Titel „Mission possible: Politische Bildung in der Jugendsozialarbeit" wurde ein praxisorientierter Zugang zur politischen Bildung in der Jugendsozialarbeit thematisiert. Dr.in Helle Becker, Geschäftsführerin von Transfer für Bildung e.V. und Leiterin von Expertise & Kommunikation für Bildung, gab dabei Impulse zur Umsetzung politischer Bildung in der Jugendsozialarbeit. Grundlage ihrer Arbeit sind unter anderem die Forschung und deren Nutzbarmachung für die Praxis der politischen, kulturellen und internationalen Bildung sowie ihre Studie „Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11–13)" für den 16. Kinder- und Jugendbericht. Gemeinsam mit Benedikt Sturzenhecker führte sie zudem das zweijährige Projekt „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW" durch.

Politische Bildung ist für die Jugendsozialarbeit von besonderer Bedeutung. Demokratie lebt vom Pluralismus und der Vielfalt von Interessen. Eine offene Gesellschaft ist auf Meinungsfreiheit, Debatte, Dissens und auch Konflikte angewiesen. Demokratische Prozesse basieren auf der Teilhabe und Mitbestimmung möglichst vieler Menschen aus unterschiedlichen Lebensrealitäten und Generationen.

Junge Menschen stoßen jedoch häufig auf Hürden, wenn es um politische Beteiligung geht. Ihre Anliegen und Bedürfnisse finden im politischen Raum und im Alltag zu wenig Beachtung. In Lebensbereichen wie der Schule oder anderen Institutionen haben sie häufig nur begrenzte Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitgestaltung. Gleichzeitig verlagern sich Ausdruck und Austausch zunehmend in Social-Media-Räume wie TikTok oder YouTube. Dort fehlen jedoch oft konstruktive Gegenstimmen und Diskussionspartner*innen, die ihre Perspektiven ernst nehmen, aber auch kritisch hinterfragen und zu einer reflektierten Auseinandersetzung beitragen.

Für die LAG KJS NRW ist Demokratiebildung eine Querschnittsaufgabe. Jugendsozialarbeit eröffnet jungen Menschen Räume der Beteiligung, stärkt ihre Selbstwirksamkeit und unterstützt sie dabei, gesellschaftliche Prozesse zu verstehen und aktiv mitzugestalten. Gerade junge Menschen, die Benachteiligungen erfahren oder von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht sind, benötigen verlässliche Orte, an denen sie Anerkennung, Mitgestaltung und demokratische Erfahrungen erleben können.

Politische Bildung ist für die Jugendsozialarbeit von besonderer Bedeutung. Demokratische Prozesse basieren auf der Teilhabe möglichst vieler Menschen aus unterschiedlichen Lebensrealitäten und Generationen.

Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten

Nicht erst im Rahmen der Diskussion um die Reform der Grundsicherung machte die LAG KJS NRW auf die Förderung und Unterstützung junger Menschen durch das SGB II aufmerksam. Der sogenannte Eingliederungstitel im SGB II stellt unter anderem Finanzmittel zur Förderung schwer zu erreichender junger Menschen (§ 16h SGB II) zur Verfügung. Da das Verwaltungsbudget der Jobcenter jedoch aus dem Eingliederungstitel deckungsfähig ist, stehen aufgrund steigender Verwaltungskosten seit Jahren zunehmend weniger Fördermittel für Leistungen

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

- Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds
- Bundestagswahl
- Kommunalwahl in NRW
- Demokratie unter Druck
- Demokratiebildung und politische Teilhabe
- **Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten**
- „Junges Wohnen" – kaum jugendwohnkompatibel

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

zur Eingliederung in Arbeit zur Verfügung. Dies betrifft sämtliche Leistungen nach den §§ 16a bis 16k SGB II.

In Gesprächen mit arbeitsmarktpolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen hat die LAG KJS NRW auf diesen Zusammenhang hingewiesen und sich dafür eingesetzt, dass im Zuge einer Reform des SGB II notwendige Veränderungen vorgenommen werden, beispielsweise durch die Einführung eines festen Eingliederungsbudgets.

Darüber hinaus hat die LAG KJS NRW im Netzwerk der BAG KJS an der Entwicklung eines Positionspapiers mitgewirkt und gefordert, die Reform der Grundsicherung jugendgerecht auszugestalten.

Das Positionspapier spricht sich gegen einen Vermittlungsvorrang in Erwerbsarbeit aus. Für junge Menschen unter 30 Jahren sollten Qualifizierung und Ausbildung Vorrang haben. Eine Vermittlung ohne Qualifizierung schafft keine nachhaltige Entlastung des Sozialsystems. Ganz im Sinne des Fördergedankens muss deshalb die Qualifizierung für eine dauerhafte Erwerbstätigkeit im Mittelpunkt stehen. Insbesondere für junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss ist ein Vermittlungsvorrang kontraproduktiv. Um ihnen langfristige Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, müssen Ausbildung und Qualifizierung stets Vorrang vor einer schnellen Arbeitsvermittlung haben.

Nach Erkenntnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) führt eine schnelle Vermittlung in Erwerbsarbeit allein nicht zu einer stabilen Integration in

den Arbeitsmarkt. Vielmehr können langfristig negative Folgen für die ökonomische Sicherung und die soziale Teilhabe junger Menschen entstehen.

Darüber hinaus setzt sich die LAG KJS NRW für eine armutsfeste Ausbildungsvergütung ein.

Im Netzwerk der BAG KJS wird die LAG KJS NRW die Auswirkungen der neuen Grundsicherung beobachten und auf Fehlentwicklungen deutlich hinweisen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

- Mehrjähriger Finanzrahmen der EU und Auswirkungen auf den Europäischen Sozialfonds
- Bundestagswahl
- Kommunalwahl in NRW
- Demokratie unter Druck
- Demokratiebildung und politische Teilhabe
- Die Grundsicherung jugendgerecht gestalten
- **„Junges Wohnen“ – kaum jugendwohnkompatibel**

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

„Junges Wohnen“ – kaum jugend-wohnkompatibel

Das Programm „Junges Wohnen“ ist ein Sonderprogramm des Bundes im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Es zielt insbesondere auf die Schaffung von Wohnraum für Auszubildende und Studierende. Der Bund stellt den Ländern, die für die Wohnraumförderung zuständig sind, Finanzhilfen zur Verfügung. Die Länder wiederum erlassen die entsprechenden Förderrichtlinien.

Die LAG KJS NRW setzt sich seit Längerem in Gesprächen mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie durch entsprechende Anfragen dafür ein, dass auch Träger des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens nach § 13 Abs. 3 SGB VIII von diesen Fördermitteln profitieren können.

Dabei hat sich gezeigt, dass die Fördersystematik des Jugendwohnens (Leistung der Kinder- und Jugendhilfe auf Basis kommunaler Leistungs- und Entgeltvereinbarungen) nicht mit der des Programms „Junges Wohnen“ (orientiert an Mietpreisen) vereinbar ist. Eine Förderung des Jugend-wohnens über das Programm „Junges Wohnen“ ist im Rahmen der bestehenden Entgeltsystematik daher derzeit nicht möglich.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass durch das Förderpro-gramm durchaus neue Wohnangebote für Auszubildende entstehen. In zahlreichen Kommunen werden sogenannte Azubi-Werke gegründet, die den Bau und die Bereitstellung entsprechender Wohneinheiten initiieren. Während in früheren Projekten vor allem Wohnraum zur Verfügung gestellt wurde, zeigt sich inzwischen eine neue Entwicklung: In vielen Projekten werden sozialpädagogische Unterstüt-zungsangebote von Beginn an mitgedacht und organisiert.

Dadurch entstehen neue Kooperationsstrukturen zwischen Kommunalverwaltungen, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden. Gleichzeitig zeichnet sich eine deutlichere Trennung zwischen der Vermietung des Wohnraums und der sozialpädagogischen Begleitung der jungen Menschen ab.

Für die LAG KJS NRW ergibt sich daraus die Aufgabe, gemeinsam mit Trägern und Einrichtungen neue Konzep-te für ambulante Unterstützungsangebote zu entwickeln und die Jugendhilfe für diese Zielgruppe entsprechend weiterzuentwickeln.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarkt-dienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrations-management (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- **Übergang Schule – Beruf**
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Landespolitische Entwicklungen am Übergang Schule – Beruf in Nordrhein-Westfalen

Im Jahr 2025 wurden in Nordrhein-Westfalen mehrere zentrale Bausteine des Übergangssystems weiterentwickelt oder neu ausgerichtet. Im Fokus standen dabei die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb), das Werkstattjahr, „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) sowie die neue Laborphase von „Jugend in Beruf“. Im Rahmen der Fachkonferenz „Jugend+Arbeit“ im Mai 2025 wurden diese Themen mit einem zuständigen Vertreter des MAGS NRW diskutiert.

Die Einstellung der Berufseinstiegsbegleitung wurde mit den Ergebnissen des bisherigen Monitorings begründet. Aus Sicht der Praxis blieb dabei jedoch offen, wie junge Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf künftig in gleicher Verlässlichkeit begleitet werden sollen und welche fachlich tragfähigen Formen der Nachsteuerung vorgesehen sind. Die LAG KJS NRW hat diese Entwicklung als Hinweis darauf eingeordnet, dass strukturelle Unterstützungsbedarfe im Übergangssystem weiterhin bestehen und nicht allein durch Umsteuerungen innerhalb bestehender Instrumente aufgefangen werden können.

Der LAG KJS NRW ist bekannt, dass die Bundesagentur für Arbeit derzeit an einer Neuauflage der BerEb arbeitet. Deren Umsetzung wird jedoch maßgeblich von der Bereitschaft der Länder zur Kofinanzierung abhängen. Für Nordrhein-Westfalen wird sich die LAG KJS NRW dafür einsetzen, dass eine fachlich tragfähige und angemessen finanzierte Ausgestaltung gelingt.

Auch KAoA wurde im Laufe des Jahres weiterentwickelt. Dabei stand die Absicht im Vordergrund, die berufliche Orientierung stärker zu bündeln und die Zusammenarbeit der beteiligten Akteur*innen weiter zu strukturieren. Zugleich wurden aus der Praxis wiederholt Fragen nach der Wirksamkeit einzelner Bausteine, etwa der Berufsfelderkundungen, aufgeworfen. Für die LAG KJS NRW war daher entscheidend, die Perspektive der Träger und Einrichtungen in die weiteren Steuerungsprozesse einzubringen und auf die unterschiedlichen regionalen Bedingungen aufmerksam zu machen. Im Rahmen der Katholischen LAG Berufliche Bildung, bei der die LAG KJS NRW ebenfalls Mitglied ist, wird dieses Thema im Jahr 2026 ebenfalls aufgegriffen werden.

Mit Blick auf das Werkstattjahr wurde aus der Praxis insbesondere auf die Komplexität der Förder- und Finanzierungslogiken, den hohen Verwaltungsaufwand sowie die schwierige Verzahnung von ESF-, Zuwendungs- und Vergaberecht hingewiesen. Die LAG KJS NRW hat diese Rückmeldungen aufgenommen und als weiteren Hinweis darauf verstanden, dass Programme nur dann wirksam umgesetzt werden können, wenn die administrativen Anforderungen mit den tatsächlichen Ressourcen der Träger vereinbar bleiben.

Im weiteren Jahresverlauf wurde schließlich die Laborphase von „Jugend in Beruf“ vorgestellt, die auch auf der Fachkonferenz „Jugend+Arbeit“ im Oktober in Essen

Bei den Veränderungen von Programmen bleibt aus Sicht der Praxis oft offen, wie junge Menschen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf künftig in gleicher Verlässlichkeit begleitet werden sollen und welche fachlich tragfähigen Formen der Nachsteuerung vorgesehen sind.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- **Jugendberufsagenturen**
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Thema war. Das Vorhaben zielt auf eine engere Verzahnung der Akteure im Übergang Schule – Beruf, auf mehr Verbindlichkeit und auf eine stärkere Orientierung an den individuellen Bedarfen junger Menschen. Gleichzeitig wurde es aus Sicht der LAG KJS NRW und der Praxis kritisch betrachtet, weil die Umsetzung innerhalb bestehender Strukturen und ohne zusätzliche strukturelle Mittel erfolgen soll. Damit stellt sich die Frage, ob die neue Ausrichtung tatsächlich zu verbesserten Übergängen führt oder lediglich zusätzliche Anforderungen an die vorhandenen Systeme stellt.

Insgesamt wird deutlich, dass sich das Übergangssystem in Nordrhein-Westfalen 2025 in einer Phase der Umsteuerung befand. Vor dem Hintergrund der Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU ab 2028 und der voraussichtlichen Einsparungen im NRW-Haushalt bleibt abzuwarten, wie sich diese Entwicklungen auf die Angebote am Übergang Schule – Beruf auswirken werden. Die damit verbundenen Fragen wurden auch in der Ausgabe von *Jugendsozialarbeit aktuell* zur geplanten Reform des EU-Finanzrahmens aufgegriffen, in der auf die Risiken einer stärkeren Zentralisierung und auf die Bedeutung verlässlicher sozialer Förderstrukturen hingewiesen wurde.

Für die LAG KJS NRW bleibt es eine zentrale Aufgabe, die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Praxis sichtbar zu machen und die Perspektiven der Jugendberufshilfe in die Weiterentwicklung der Landesprogramme einzubringen. Entscheidend ist dabei, dass junge Menschen mit unterschiedlichen Ausgangslagen nicht aus dem Blick geraten und Unterstützungsangebote weiterhin verlässlich erreichbar bleiben.

Jugendberufsagenturen

Ein wesentlicher Schwerpunkt fachpolitischer Entwicklungen auf Bundesebene lag im Jahr 2025 auf der Weiterentwicklung und Einordnung von Jugendberufsagenturen. Jugendberufsagenturen stellen eine zentrale Struktur zur Unterstützung junger Menschen am Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit dar. Ihre Wirksamkeit hängt wesentlich davon ab, ob die Zusammenarbeit zwischen den grundsätzlichen Kooperationspartner*innen – Jugendhilfe, Agentur für Arbeit, Jobcenter sowie weiteren Akteur*innen – verbindlich, abgestimmt und verlässlich organisiert ist. Gleichzeitig zeigt sich weiterhin eine große Heterogenität in ihrer Ausgestaltung, die sich insbesondere in der strukturellen Einbindung der Jugendhilfe, der personellen Ausstattung und der Verbindlichkeit der Kooperation widerspiegelt.

Auch politisch hat das Thema hohe Relevanz: Jugendberufsagenturen werden im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ausdrücklich benannt und damit als

Es stellt sich die Frage, ob die neue Ausrichtung tatsächlich zu verbesserten Übergängen führt oder lediglich zusätzliche Anforderungen an die vorhandenen Systeme stellt.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- **Jugendberufsagenturen**
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

wichtiger Baustein im Übergangssystem bestätigt. Dies unterstreicht ihre Bedeutung als fachpolitisches Instrument, macht aber zugleich deutlich, dass die bloße Erwähnung noch keine verbindliche Umsetzung vor Ort garantiert. Aus Perspektive der LAG KJS NRW ist es essenziell, dass die Jugendhilfe in diesen Strukturen dauerhaft, gleichberechtigt und personell abgesichert mitwirken kann.

Vor diesem Hintergrund erfolgte eine kontinuierliche fachliche Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen gelingender Zusammenarbeit innerhalb von Jugendberufsagenturen. Im Rahmen der Mitarbeit in einer Unterarbeitsgruppe des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit (KV JSA) wurde ein Positionspapier zur jugendgerechten Gestaltung von Jugendberufsagenturen erarbeitet. Die Mitarbeit an diesem Positionspapier ermöglichte es, Perspektiven aus Nordrhein-Westfalen in bundesweite fachpolitische Diskussionen einzubringen und gleichzeitig aktuelle bundespolitische Entwicklungen frühzeitig in die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft zurückzuspielen.

Das Papier, das 2026 veröffentlicht werden wird, kann als Grundlage für die weitere Interessenvertretung genutzt werden. Es stärkt die fachpolitische Argumentation für eine jugendgerechte Ausgestaltung dieser Strukturen. Für 2026 ist außerdem eine Online-Veranstaltung des KV JSA zur Diskussion des Papiers geplant.

Ergänzend hierzu wurde im November 2025 eine bundesweite Fachtagung zu Jugendberufsagenturen in Essen durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven aus Sicht der Jugendsozialarbeit zu diskutieren sowie den Austausch zwischen Mitarbeitenden aus Jugendberufsagenturen und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit zu stärken. Die Veranstaltung machte deutlich, dass Jugendberufsagenturen insbesondere dort wirksam arbeiten können, wo rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit nicht nur formal besteht, sondern aktiv gestaltet wird. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass Mitarbeitende der Jugendhilfe innerhalb vieler Kooperationen weiterhin unter besonderen strukturellen Belastungen arbeiten, da ihre Beteiligung häufig zusätzlich zu bestehenden Aufgaben erfolgt und nicht überall ausreichend abgesichert ist.

Aus fachpolitischer Perspektive ergibt sich daraus weiterhin ein deutlicher Handlungsbedarf hinsichtlich einer stärkeren strukturellen Verankerung der Jugendhilfe innerhalb der Kooperationen sowie einer besseren personellen Absicherung ihrer Beteiligung an rechtskreisübergreifenden Strukturen. Für die weitere Entwicklung bleibt entscheidend, dass Jugendberufsagenturen nicht nur als organisatorisches Modell verstanden werden, sondern als verbindliche, rechtskreisübergreifende und sozialpädagogisch mitgeprägte Unterstützungsstruktur für junge Menschen am Übergang in Ausbildung und Arbeit.

Darüber hinaus bleibt es notwendig, die Träger der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe stärker als Netzwerkpartner in den Jugendberufsagenturen zu verankern. Ihre fachliche Expertise, ihre Nähe zu den jungen Menschen und ihre Kenntnis der konkreten Übergangsverläufe sind für eine wirksame Unterstützung am Übergang Schule – Beruf unverzichtbar. In der Praxis bestehen jedoch weiterhin deutliche Unterschiede darin, wie verbindlich die Träger in die Strukturen eingebunden sind.

Es besteht weiterhin ein deutlicher Handlungsbedarf hinsichtlich einer stärkeren strukturellen Verankerung der Jugendhilfe innerhalb der Kooperationen sowie einer besseren personellen Absicherung ihrer Beteiligung an rechtskreisübergreifenden Strukturen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- **Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III**
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarkt-dienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrations-management (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Arbeitsmarktpolitische Entwicklungen – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III

Auf Bundesebene blieben die Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III auch im Jahr 2025 ein zentraler fachpolitischer Bezugspunkt, da sie maßgeblich die Finanzierung zahlreicher Angebote der Jugendberufshilfe bestimmen. Im Jahresverlauf wurde erneut deutlich, dass die Rahmenbedingungen der Arbeitsförderung in einem Spannungsfeld zwischen Haushaltsdisziplin, Effizienzorientierung und der fachlich notwendigen Unterstützung junger Menschen stehen.

Für Träger und Einrichtungen bedeutet dies, dass auch scheinbar geringe Veränderungen der verfügbaren Mittel erhebliche Auswirkungen auf Planungssicherheit, Personalbindung und die Kontinuität von Angeboten haben können. Gerade im Bereich der Jugendberufshilfe, in dem langfristige Beziehungsarbeit und verlässliche Unterstützungsstrukturen zentrale Erfolgsfaktoren darstellen, stellen finanzielle Unsicherheiten eine besondere Herausforderung dar.

Einen Beitrag zur fachpolitischen Einordnung dieser Entwicklungen leistete im Frühjahr 2025 die Veröffentlichung eines Fachartikels in *Jugendsozialarbeit aktuell* zur Entwicklung der Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III. Grundlage des Beitrags war eine Befragung katholischer Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen, mit der die konkreten Auswirkungen der Budgetentwicklungen auf Angebote der Jugendberufshilfe sichtbar gemacht wurden.

Die Rückmeldungen verdeutlichten unter anderem eine abnehmende finanzielle und organisatorische Planungssicherheit der Träger sowie erste Einschränkungen in der Angebotsstruktur. Eine weiterhin zentrale Problematik stellt dabei die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Eingliederungsleistungen und Verwaltungsbudget im SGB II dar. Aufgrund der strukturell unzureichenden Finanzierung der Verwaltungskosten werden Mittel aus den Eingliederungsbudgets zunehmend zur Deckung von Verwaltungsausgaben eingesetzt. Dies reduziert den Handlungsspielraum für konkrete Förderangebote und wirkt sich unmittelbar auf die Unterstützungsmöglichkeiten für junge Menschen aus.

Der Fachartikel wurde gezielt genutzt, um diese Entwicklungen sowohl innerhalb der Fachöffentlichkeit als auch

Scheinbar geringe Veränderungen der verfügbaren Mittel können erhebliche Auswirkungen auf Planungssicherheit, Personalbindung und die Kontinuität von Angeboten haben.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- **Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen**
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen sichtbar zu machen. Dabei konnten die Erfahrungen und Rückmeldungen aus der Praxis in arbeitsmarktpolitische Diskussionen auf Landes- und Bundesebene eingebracht werden, unter anderem im Rahmen eines Gesprächs mit einem Landtagsabgeordneten der CDU.

Ergänzend hierzu fanden mehrere Austauschformate mit der Bundesagentur für Arbeit statt, unter anderem im Rahmen des Jahresgesprächs der BAG KJS mit der Bundesagentur für Arbeit sowie beim Verbändetreffen Arbeitsmarktdienstleistungen in Nürnberg. Diese Formate bieten wichtige Möglichkeiten, Perspektiven der Jugendsozialarbeit in arbeitsmarktpolitische Steuerungsprozesse einzubringen und Rückmeldungen aus der Praxis zu vermitteln.

Gleichzeitig zeigte sich erneut, dass fachliche Perspektiven der Jugendsozialarbeit oft auf Steuerungslogiken treffen, die stark durch Controlling-, Wirtschaftlichkeits- und Effizienzvorgaben geprägt sind. Daraus ergibt sich weiterhin die Notwendigkeit, fachliche Argumentationen strategisch weiterzuentwickeln, präzise aufzubereiten und gegenüber Verwaltung und Politik anschlussfähig zu vermitteln.

Durch die kontinuierliche fachpolitische Befassung konnte die Sichtbarkeit der Problemlage erhöht werden. Gleichzeitig bleibt es eine zentrale Aufgabe, die Auswirkungen der Budgetentwicklungen weiterhin systematisch zu dokumentieren und so aufzubereiten, dass sie nicht ausschließlich als finanzpolitische Fragestellung verstanden werden, sondern als Frage der Sicherung verlässlicher sozialer Infrastruktur für junge Menschen auf ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit.

Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen auf Angebote der Jugendberufshilfe

Ein weiterer fachpolitischer Schwerpunkt lag im Jahr 2025 auf den Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen auf die Angebote der Jugendberufshilfe. In Gesprächen mit Trägern und Einrichtungen wurde deutlich, dass sich die Rahmenbedingungen für die Teilnahme an Ausschreibungsverfahren in den vergangenen Jahren spürbar verändert haben.

Als zentrale Herausforderungen wurden insbesondere steigende wirtschaftliche Risiken, kurze Vertragslaufzeiten sowie ein zunehmender Preiswettbewerb benannt. Diese Entwicklungen erschweren eine langfristige Angebotsplanung und führen zugleich zu einem erheblichen Anstieg des administrativen Aufwands für die Träger.

Die Auswirkungen der Vergabepraxis beschränken sich dabei nicht auf wirtschaftliche Fragestellungen, sondern betreffen unmittelbar die fachliche Qualität und Kontinuität der Angebote. Gerade am Übergang Schule – Beruf sind verlässliche Beziehungsarbeit, passgenaue Unterstützung und längerfristige Begleitung entscheidende Faktoren für erfolgreiche Förderverläufe. Kurze Laufzeiten und häufig wechselnde Ausschreibungsbedingungen erschweren diese fachlichen Anforderungen erheblich.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- **Integration und Jugendmigrationsdienste**
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Aus der Praxis wurde berichtet, dass einzelne Träger ihre Beteiligung an Ausschreibungsverfahren bewusst reduzieren oder Aktivitäten im Bereich der Jugendberufshilfe zurückfahren. Teilweise erfolgt eine strategische Verlagerung in andere Arbeitsfelder mit stabileren Finanzierungsbedingungen und geringeren wirtschaftlichen Risiken.

Die LAG KJS NRW hat diese Entwicklungen fachlich aufgegriffen und die Auseinandersetzung mit den Steuerungslogiken der Vergabe weiter vertieft. Durch Fortbildungen sowie den Austausch mit einem Experten für Arbeitsmarktdienstleistungen konnten die vergaberechtliche Perspektive geschärft und die Auswirkungen auf Träger und Angebote besser eingeordnet werden.

Ziel ist es, diese Erkenntnisse künftig stärker in fachpolitische Diskussionen einzubringen und die strukturellen Risiken für die Angebotslandschaft der Jugendberufshilfe sichtbar zu machen. Auch in den Gesprächen mit der Bundesagentur für Arbeit wurde die Thematik aufgegriffen und die Perspektive der Jugendsozialarbeit eingebracht. Dabei wurde erneut deutlich, dass die fachliche Verständigung angesichts unterschiedlicher Steuerungslogiken und Prioritäten herausfordernd bleibt.

Insgesamt zeigt sich, dass die Vergabepraxis die Angebotslandschaft der Jugendberufshilfe unmittelbar beeinflusst. Eine zentrale Zukunftsfrage bleibt daher, wie stabile und fachlich verlässliche Unterstützungsstrukturen auch unter wettbewerblich organisierten Rahmenbedingungen gesichert werden können.

Entscheidend wird sein, Vergabeprozesse so weiterzuentwickeln, dass neben wirtschaftlichen Kriterien auch fachliche Qualitätsanforderungen, Kontinuität in der Begleitung, Zielgruppenorientierung und regionale Versorgungssicherheit angemessen berücksichtigt werden.

Integration und Jugendmigrationsdienste in Nordrhein-Westfalen 2025

Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner Größe, seiner kommunalen Vielfalt und seiner integrationspolitischen Infrastruktur ein zentrales Bundesland für die Weiterentwicklung der Jugendmigrationsdienste (JMD). Gleichzeitig werden hier strukturelle Ungleichheiten, regionale Unterschiede und die Auswirkungen integrationspolitischer Entscheidungen besonders sichtbar. Die Jugendmigrationsdienste begleiten junge Menschen mit Migrationsgeschichte an zentralen Schnittstellen ihres

Eine zentrale Zukunftsfrage in der Vergabepraxis bleibt, wie stabile und fachlich verlässliche Unterstützungsstrukturen auch unter wettbewerblich organisierten Rahmenbedingungen gesichert werden können.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- **Integration und Jugendmigrationsdienste**
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Integrationsprozesses – in Schulen, Ausbildung und Beruf, bei Behördenkontakten und in kommunalen Unterstützungsstrukturen. Die Erfahrungen des Jahres 2025 zeigen erneut, dass die größten Hürden für eine gelingende Integration häufig nicht bei den jungen Menschen selbst liegen, sondern in überlasteten Verwaltungsstrukturen, fehlenden Ressourcen und unzureichend vernetzten Hilfesystemen.

Die Aktivitäten der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen (LAG KJS NRW) waren im Berichtsjahr darauf ausgerichtet, die fachliche Umsetzung des Bundesprogramms Jugendmigrationsdienste in Nordrhein-Westfalen zu begleiten, die Einrichtungen in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Interessen junger Menschen mit Migrationsgeschichte auf Landesebene sichtbar zu vertreten. Im Mittelpunkt standen die fachliche Begleitung der 19 Jugendmigrationsdienste und ihrer Außenstellen, die Auswertung von Jahres- und Halbjahresberichten, die Analyse statistischer Entwicklungen sowie die Beratung von Trägern und Mitarbeitenden.

Ergänzt wurde dies durch Regionaltreffen, Einrichtungsbesuche, Arbeitstagungen, digitale Austauschformate und die Organisation von Fortbildungsangeboten. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Sicherung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität. Hierzu wurden unter anderem Fortbildungen zu Trauma und Selbstfürsorge, diskriminierungskritischer Beratung, Aufenthalts- und Sozialrecht sowie zu intersektionalen Perspektiven in der Sozialen Arbeit durchgeführt. Arbeitsgruppen zu rechtlichen Fragestellungen und diskriminierungskritischer Beratung ermöglichten den kontinuierlichen fachlichen Austausch und die Weiterentwicklung professioneller

Handlungskompetenzen. Darüber hinaus wurden die Bedarfe der Mitarbeitenden systematisch erhoben, um zukünftige Qualifizierungsangebote bedarfsgerecht auszurichten.

Die fachpolitische Vertretung der Jugendmigrationsdienste auf Landes- und Bundesebene bildete einen weiteren wichtigen Arbeitsschwerpunkt. Die LAG KJS NRW brachte die Erfahrungen aus der Praxis in zahlreiche Fachgremien, Arbeitsgruppen und politische Gespräche ein. Hierzu gehörten die Mitarbeit in der LAG Jugendsozialarbeit NRW, die Arbeitsgemeinschaft Kommunales Integrationsmanagement (KIM) der Freien Wohlfahrt, die Zusammenarbeit mit Ministerien, Kammern und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie Gespräche mit Abgeordneten und integrationspolitischen Sprecher*innen der demokratischen Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag. Ziel dieser Aktivitäten war es, strukturelle Herausforderungen sichtbar zu machen und die Jugendmigrationsdienste als unverzichtbare Integrationsfachstellen in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Die größten Hürden für eine gelingende Integration liegen häufig nicht bei den jungen Menschen selbst, sondern in überlasteten Verwaltungsstrukturen, fehlenden Ressourcen und unzureichend vernetzten Hilfesystemen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- **Kommunales Integrationsmanagement (KIM)**
- **Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit**
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Kommunales Integrationsmanagement (KIM)

Ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit lag 2025 auf der Begleitung der Integrationsstrukturen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere auf der Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM). Das Landesprogramm stellt weiterhin ein wichtiges Instrument zur Koordinierung von Integrationsangeboten dar, wird jedoch in den Kommunen sehr unterschiedlich ausgestaltet. Die Jugendmigrationsdienste erleben in ihrer täglichen Praxis, dass Rollen, Zuständigkeiten und Kooperationsstrukturen nicht überall gleichermaßen geklärt sind. Deshalb engagierte sich die LAG KJS NRW intensiv in der fachlichen Begleitung und in politischen Diskussionen des Programms.

Die Unterstützung der JMD-Beratungsstellen bei ihrer Einbindung in kommunale Netzwerke, die Zusammenarbeit mit den Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zugewanderte (MBE) und mit der Flüchtlingsberatung sowie der kontinuierliche Austausch mit Landesministerien und Fachverwaltungen bildeten dabei wesentliche Bestandteile der Arbeit.

Durch Stellungnahmen, Fachgespräche und gemeinsame Veranstaltungen, unter anderem auf Landesebene mit den Diözesan-Caritasverbänden in Nordrhein-Westfalen sowie dem Deutschen Caritasverband, wurden Erfahrungen aus der Praxis in die Weiterentwicklung der Integrationsstrukturen eingebracht. Dabei wurde deutlich, dass eine gelingende Zusammenarbeit insbesondere dort möglich ist, wo Zuständigkeiten transparent sind, die verschiedenen Akteur*innen verbindlich zusammenarbeiten und die Expertise der freien Träger angemessen berücksichtigt wird.

Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit

Ein zukunftsweisender Schwerpunkt des Jahres war die Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz in der Sozialen Arbeit und Migrationsberatung. Mit der landesweiten Fachtagung „JMD + KI – Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit“ im Oktober 2025 in Düsseldorf wurde dieses Thema erstmals umfassend in die JMD-Landschaft in NRW eingebracht.

Die Veranstaltung beleuchtete die gesellschaftlichen Auswirkungen von KI sowie ihre Bedeutung für Beratung, Teilhabe und Integration. Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis diskutierten die Potenziale von KI bei Recherche, Dokumentation, Wissensmanagement und der Zugänglichkeit von Beratungsangeboten. Gleichzeitig wurden Risiken wie algorithmische Diskriminierung, Datenschutzprobleme, mangelnde Transparenz automatisierter Entscheidungen sowie ungleiche Zugänge zu digitalen Technologien kritisch reflektiert.

In Workshops zu KI wurden konkrete Anwendungsbeispiele diskutiert und Perspektiven für die zukünftige Arbeit entwickelt. Die Tagung verdeutlichte, dass KI die professionelle Beratung unterstützen kann, die persönliche Beziehung und fachliche Begleitung jedoch nicht ersetzen wird.

Ein Schwerpunkt war die Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz in der Sozialen Arbeit und Migrationsberatung und deren Bedeutung für die Beratung und Teilhabe.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarkt-dienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrations-management (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- **Integrationsgeschehen**
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Entwicklungen und Herausforderungen im Integrationsgeschehen

Die Arbeit der Jugendmigrationsdienste in Nordrhein-Westfalen ist zunehmend durch eine Verdichtung struktureller Problemlagen geprägt. Besonders deutlich werden die Schwierigkeiten im Kontakt mit Behörden. Die fortschreitende Digitalisierung staatlicher Leistungen verfolgt zwar das Ziel effizienterer Verwaltungsabläufe, führt jedoch häufig auch zu neuen Ausschlüssen. Komplexe Online-Verfahren, fehlende technische Ausstattung und sprachliche Hürden erschweren vielen jungen Menschen den Zugang zu Leistungen und Rechten.

Die Jugendmigrationsdienste übernehmen dadurch zunehmend eine Lotsenfunktion und kompensieren Defizite öffentlicher Verwaltungsstrukturen. Besonders problematisch bleibt die Situation bei den Ausländerbehörden. Lange Bearbeitungszeiten, eingeschränkte Erreichbarkeit und unterschiedliche Rechtsauslegungen führen regelmäßig zu Verzögerungen bei aufenthaltsrechtlichen Verfahren. Dadurch entstehen Unsicherheiten bei Ausbildung, Beschäftigung und Lebensplanung junger Menschen. Auch die Zusammenarbeit mit Jobcentern und Arbeitsagenturen wird vielerorts durch hohe Fallzahlen und begrenzte Ressourcen erschwert.

Neben den Verwaltungsstrukturen stellt die Wohnraumversorgung eine der größten integrationspolitischen Herausforderungen dar. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum trifft junge Menschen mit Migrationsgeschichte besonders stark. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, überlastete kommunale Unterbringungssysteme und fehlende Anschlusslösungen nach der Jugendhilfe führen zunehmend zu Wohnungsnot und sozialer Ausgrenzung.

Auch im Bereich Bildung und Arbeitsmarktintegration zeigen sich erhebliche Herausforderungen. Fehlende Sprachkursangebote auf höheren Niveaustufen, begrenzte Wiederholungsmöglichkeiten, schwierige Zugänge zu Berufsschulen und steigende Anforderungen von Ausbildungsbetrieben erschweren den Übergang in Ausbildung und Beschäftigung.

Gleichzeitig berichten die Fachkräfte von zunehmenden psychosozialen Belastungen ihrer Ratsuchenden. Traumatisierungen, Zukunftsängste, Diskriminierungserfahrungen, familiäre Belastungen und aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten prägen die Lebenssituation vieler junger Menschen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- **Fachpolitische Schlussfolgerungen**
- **Soziale Arbeit an Schulen**
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Für die Jugendmigrationsdienste bedeutet dies, dass Beratung zunehmend mehrere Lebensbereiche gleichzeitig in den Blick nehmen und unterschiedliche Unterstützungsangebote miteinander verbinden muss.

Fachpolitische Schlussfolgerungen

Aus den Erfahrungen des Jahres 2025 ergeben sich für Nordrhein-Westfalen mehrere zentrale fachpolitische Handlungsbedarfe. Die Jugendmigrationsdienste sind ein unverzichtbarer Bestandteil der integrationspolitischen Grundversorgung und müssen langfristig abgesichert werden. In der Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationsmanagement braucht es klare Rollendefinitionen und eine verbindliche Beteiligung freier Träger.

Integration benötigt funktionsfähige und erreichbare Behörden, die junge Menschen nicht durch Überlastung und bürokratische Hürden zusätzlich benachteiligen. Die Digitalisierung öffentlicher Leistungen darf nicht zu neuer sozialer Selektion führen. Gleichzeitig benötigen Fachkräfte angesichts wachsender Anforderungen bessere Qualifizierungsmöglichkeiten und strukturelle Entlastung.

Inzwischen ist auch die Wohnraumversorgung zu einer Schlüsselfrage der Integrationspolitik geworden. Gerade junge Menschen, die sich in Übergängen zwischen Schule, Ausbildung, Beruf und eigenständiger Lebensführung befinden, benötigen verlässliche und bezahlbare Wohnmöglichkeiten. Fehlt diese Grundlage, können sich bestehende Benachteiligungen weiter verstärken.

Gerade in Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 2025 erneut deutlich, dass Integration dort erfolgreich verlaufen kann, wo kommunale Steuerung, funktionierende Kooperationen und eine verlässliche soziale Infrastruktur ineinandergreifen. Wo diese Voraussetzungen fehlen, geraten junge Menschen schnell in mehrfachen Exklusionsprozessen. Die Erfahrungen der Jugendmigrationsdienste sind deshalb nicht nur für die konkrete Beratungspraxis relevant, sondern liefern wichtige Hinweise für die Weiterentwicklung der Integrationspolitik auf Landes- und kommunaler Ebene.

Für die LAG KJS NRW bleibt es daher eine zentrale Aufgabe, die Erfahrungen und Perspektiven der Jugendmigrationsdienste in die fachpolitischen Diskussionen einzubringen, strukturelle Herausforderungen sichtbar zu machen und sich für verlässliche Rahmenbedingungen der Arbeit mit jungen Menschen mit Migrationsgeschichte einzusetzen.

Integration benötigt funktionsfähige und erreichbare Behörden, die junge Menschen nicht durch Überlastung und bürokratische Hürden zusätzlich benachteiligen.

Soziale Arbeit an Schulen – Startchancen, Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams

Sozialer Arbeit an Schulen wird zunehmend Bedeutung beigemessen. Bund, Land und Kommunen beteiligen sich auf unterschiedliche Weise an ihrer Förderung. Die Umsetzung des Startchancen-Programms schreitet seit

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- **Unterstützungsbedarfe**
- Statistik 2025
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

2024 voran, zugleich soll die Förderrichtlinie Schulsozialarbeit fortgeschrieben werden. Damit stellt sich auch die Frage, wie „Schulsozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung" in Nordrhein-Westfalen zukünftig umgesetzt werden kann. Die LAG KJS NRW hat hierzu im Fachkreis zu der Förderrichtlinie weiter ihre Position eingebracht.

Mit einem Vertreter des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen wurden im Rahmen der Fachkonferenz „Jugend+Bildung" Details zur Förderrichtlinie besprochen sowie Chancen und Hürden im Zusammenhang mit der Umsetzung des Startchancen-Programms thematisiert. Dabei wurde sowohl vonseiten der LAG KJS NRW als auch von den Trägern großes Bedauern darüber geäußert, dass die Besetzung der neuen Startchancen-Stellen in Nordrhein-Westfalen nicht durch freie Träger erfolgen kann, wie dies beispielsweise in anderen Bundesländern möglich ist, sondern hier ausschließlich eine Anstellung über das Land vorgesehen ist.

Für die LAG KJS NRW bleibt die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit ein wichtiges fachpolitisches Thema. Entscheidend ist aus ihrer Sicht, dass die unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen von Schulen, Jugendhilfe und freien Trägern in multiprofessionellen Strukturen wirksam zusammengeführt werden und junge Menschen an ihren jeweiligen Lebenslagen orientiert unterstützt werden können.

Veränderungen in den Unterstützungsbedarfen junger Menschen als Querschnittsthema – psychische Belastungen

Ein zentrales Querschnittsthema im Jahr 2025 war die zunehmende psychische Belastung vieler junger Menschen in Angeboten der Jugendsozialarbeit. Rückmeldungen aus Einrichtungen zeigen übereinstimmend, dass psychische Erkrankungen und psychosoziale Belastungen im Alltag der Fachkräfte eine immer größere Rolle einnehmen. Diese Entwicklungen wirken sich nicht nur auf die Stabilität von Maßnahmeverläufen aus, sondern beeinflussen auch Übergänge in Ausbildung und Beschäftigung sowie den Umfang und die Art der erforderlichen Unterstützung innerhalb der Angebote.

Im Austausch mit der Praxis wurde zudem wiederholt auf die zunehmende Bedeutung problematischer Mediennutzung hingewiesen. Fachkräfte berichten, dass insbesondere soziale Medien verstärkt Einfluss auf Motivation, Belastbarkeit und die Strukturierung des Alltags junger Menschen nehmen. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass Maßnahmen zur beruflichen Integration künftig noch stärker mit psychosozialen Unterstützungsangeboten

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- **Statistik 2025**
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

verbunden werden müssen. Für viele junge Menschen reicht ein ausschließlich arbeitsmarktbezogener Zugang nicht mehr aus, wenn grundlegende Stabilisierung, verlässliche Beziehungen und alltagspraktische Unterstützung fehlen.

Die LAG KJS NRW hat diese Rückmeldungen aus der Praxis aufgegriffen und als relevantes Querschnittsthema in die fachliche Bewertung einbezogen. Dabei wurde deutlich, dass berufliche Integration heute nicht mehr allein über arbeitsmarktpolitische Instrumente erreicht werden kann, sondern eine stärkere Verzahnung mit psychosozialen Hilfesystemen erforderlich ist. Notwendig sind tragfähige Kooperationen zwischen unterschiedlichen Unterstützungsstrukturen, um junge Menschen nicht lediglich kurzfristig zu aktivieren, sondern sie nachhaltig auf ihrem Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu begleiten.

Aus diesen Entwicklungen ergibt sich die Notwendigkeit, bestehende Förder- und Unterstützungsstrukturen weiterzuentwickeln und stärker an veränderte Lebenslagen junger Menschen anzupassen. Eine zentrale fachpolitische Herausforderung bleibt dabei die Frage, wie niedrigschwellige, kontinuierliche und zugleich arbeitsmarktbezogene Unterstützung verlässlich organisiert werden kann.

Für das Jahr 2026 plant die LAG KJS NRW einen Workshop zum Umgang mit psychisch belasteten und beeinträchtigten jungen Menschen in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit sowie weitere Veranstaltungsformate zur fachlichen Weiterentwicklung.

Statistik 2025

Zum vierten Mal veröffentlichte die LAG KJS NRW im Jahr 2025 die Ergebnisse ihrer aktuellen statistischen Erhebung, die seit 2015 in einem dreijährigen Rhythmus durchgeführt wird. Die aktuellen Daten beziehen sich auf das Schul- und Ausbildungsjahr 2024/2025 und umfassen – mit Ausnahme der Jugendmigrationsdienste (JMD) – sämtliche Handlungsfelder, Maßnahmen und Angebote der Katholischen Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Die Angebote der Jugendmigrationsdienste in katholischer Trägerschaft wurden nicht in die Erhebung einbezogen, da für diesen Bereich eine eigenständige bundesweite Datenerfassung durchgeführt wird. Da die Fragestellungen der Erhebung seit 2015 weitgehend unverändert geblieben sind, ermöglichen die aktuellen Ergebnisse einen Vergleich mit den vorherigen Erhebungszeiträumen und machen Entwicklungen über einen längeren Zeitraum sichtbar.

Ziel der Erhebung ist es, ein differenziertes Bild der erreichten jungen Menschen sowie der unterschiedlichen Maßnahmen und Angebotsstrukturen der Katholischen Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Veränderungen bei Teilnehmendenzahlen sowie bei der Anzahl und Ausgestaltung von Angeboten können dabei unterschiedliche Ursachen haben.

So wurden einzelne Maßnahmen eingestellt oder liefen aus, wie beispielsweise die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb). Gleichzeitig entstanden neue Förderprogramme und Angebote oder bestehende Maßnahmen wurden weiterentwickelt. Darüber hinaus wirken sich Ausschrei-

Bestehende Förder- und Unterstützungsstrukturen müssen weiterentwickelt und stärker an veränderte Lebenslagen junger Menschen angepasst werden.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- **Statistik 2025**
- Partizipation und Prävention

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

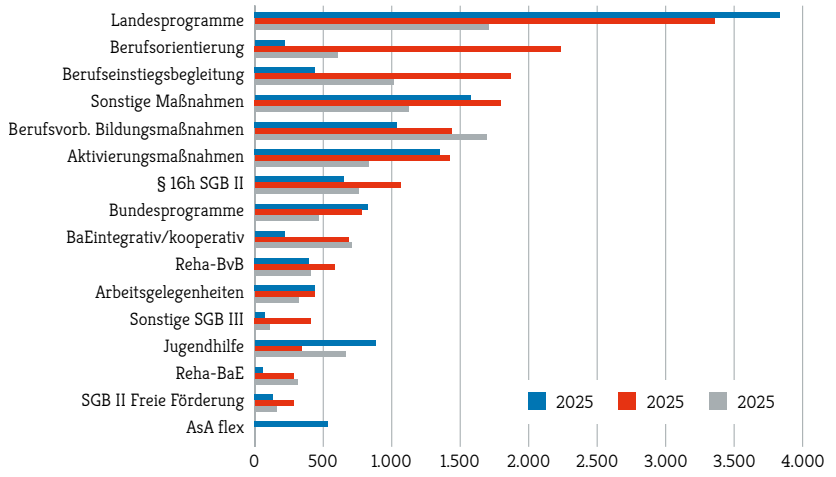
bungsverfahren darauf aus, ob Träger Angebote fortführen können oder sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen bewusst gegen eine weitere Teilnahme entscheiden.

Die Ergebnisse der Erhebung zeigen insbesondere folgende Entwicklungen:

- Katholische Träger engagieren sich weiterhin in hohem Maße in berufsbezogenen Angeboten der Jugendsozialarbeit und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung junger Menschen am Übergang Schule – Beruf.
- Die Zahl junger Menschen, die an Angeboten katholischer Träger im Rahmen von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) teilgenommen haben, ist im Vergleich zur vorherigen Erhebung um etwa die Hälfte gesunken.
- Die Zahl junger Menschen, die durch die landesgeförderten Angebote „Jugendwerkstatt“ und „Jugendberatungsstelle“ erreicht werden, ist hingegen deutlich gestiegen.
- Die Reduzierung der Fördermittel im Eingliederungstitel des SGB II führt dazu, dass sich die Zahl der durch entsprechende Angebote unterstützten jungen Menschen deutlich verringert hat.
- Angebote der kommunalen Jugendhilfe für benachteiligte junge Menschen nehmen weiter zu.
- Die Zahl junger Menschen mit abgeschlossener Ausbildung, die weiterhin in Wohneinrichtungen leben, weist darauf hin, dass der Übergang in eine eigenständige Wohnsituation zunehmend schwieriger wird.
- Die Schulsozialarbeit verzeichnet weiterhin eine dynamische Entwicklung, trotz einer nach wie vor heterogenen Förderlandschaft.
- Die Zahl mobiler und aufsuchender Angebote hat sich nahezu verdoppelt.
- Das Engagement und die Teilnahme an europäischen Austauschprogrammen bleiben weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Die Ergebnisse der statistischen Erhebung geben wichtige Hinweise auf landesweite Entwicklungen in der Katholischen Jugendsozialarbeit.

Bestehende Förder- und Unterstützungsstrukturen müssen weiterentwickelt und stärker an veränderte Lebenslagen junger Menschen angepasst werden.



Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

- Übergang Schule – Beruf
- Jugendberufsagenturen
- Arbeitsmarkt – Eingliederungsbudgets nach SGB II und SGB III
- Auswirkungen der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen
- Integration und Jugendmigrationsdienste
- Kommunales Integrationsmanagement (KIM)
- Künstliche Intelligenz in der Migrationsarbeit
- Integrationsgeschehen
- Fachpolitische Schlussfolgerungen
- Soziale Arbeit an Schulen
- Unterstützungsbedarfe
- Statistik 2025
- **Partizipation und Prävention**

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass sich die konkrete Situation vor Ort aufgrund unterschiedlicher kommunaler Rahmenbedingungen deutlich von den landesweit erhobenen Daten unterscheiden kann.

Vor diesem Hintergrund verzichtet die LAG KJS NRW angesichts der heterogenen Situation der Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen auf die Ableitung einzelner konkreter Forderungen aus den statistischen Ergebnissen. Stattdessen dienen die Daten als Grundlage für die fachpolitische Einordnung von Entwicklungen, die Identifizierung von Handlungsbedarfen sowie die weitere Interessenvertretung der Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Partizipation und Prävention in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen

Seit 2023 erhält die LAG JSA NRW Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen, um Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit bei der Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes NRW sowie bei der Prävention von (sexualisierter) Gewalt zu unterstützen. Zur Umsetzung dieser Aufgabe sind seit 2024 im Auftrag der LAG JSA NRW zwei Fachreferentinnen bei der LAG KJS NRW tätig. Die LAG KJS NRW übernimmt dabei die zentrale Verantwortung für die inhaltliche Ausgestaltung, Koordination und Weiterentwicklung dieses Arbeitsbereichs.

Im Jahr 2025 führten die Fachreferentinnen zahlreiche Veranstaltungen, Fortbildungen und Unterstützungsformate für Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen durch. Das Angebot umfasste unter anderem handlungsfeldbezogene und thematische Offene Sprechstunden, Fortbildungen zu verschiedenen Formen von Diskriminierung und Demokratieförderung, die Begleitung bei der Entwicklung und Weiterentwicklung von Schutzkonzepten sowie Angebote zur Selbstfürsorge von Fachkräften in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit.

Die unterschiedlichen Formate zielten darauf ab, Einrichtungen in ihrer fachlichen Weiterentwicklung zu unterstützen, Handlungssicherheit im Umgang mit Schutz- und Präventionsfragen zu stärken und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen nachhaltig zu fördern.

Darüber hinaus begleiteten die Fachreferentinnen das gesamte Förderverfahren im Bereich „Prävention und Partizipation“. Über dieses Verfahren konnten Trägern und Einrichtungen im Jahr 2025 rund 180.000 Euro für eigene Angebote und Projekte zur Stärkung von Prävention und Beteiligung junger Menschen zur Verfügung gestellt werden.

Damit leistet der Arbeitsbereich einen wichtigen Beitrag zur Verankerung von Schutz, Beteiligung und demokratischer Kultur in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und unterstützt Träger dabei, diese Themen dauerhaft in ihren Strukturen zu etablieren.

Partizipation und Prävention bedeuten Schutz, Beteiligung und demokratische Kultur in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

- Fachlicher Austausch und Vernetzung
- Informationen aus Bund und Land
- Informationen aus den Einrichtungen
- Kirchenpolitischen Herausforderungen begegnen
- Katholische Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländern

Impressum

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

- **Fachlicher Austausch und Vernetzung**
- **Informationen aus Bund und Land**
- **Informationen aus den Einrichtungen**
- Kirchenpolitischen Herausforderungen begegnen
- Katholische Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländern

Impressum

Fachlicher Austausch und Vernetzung

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der LAG KJS NRW ist die kontinuierliche Vernetzung von Trägern und Einrichtungen sowie der fachliche Austausch zu aktuellen Entwicklungen in der Jugendsozialarbeit. Gerade in einem Arbeitsfeld, das durch sich verändernde politische, gesellschaftliche und finanzielle Rahmenbedingungen geprägt ist, stellt Netzwerkarbeit eine zentrale Grundlage fachpolitischer Handlungsfähigkeit dar.

Informationen aus Bund und Land – fachpolitische Entwicklungen im Austausch

Ein weiterer Bestandteil des fachlichen Austauschs waren Informationen und Diskussionen zu aktuellen Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene, die in den Fachkonferenzen „Jugend+Bildung" sowie „Jugend+Arbeit" stattfinden. Dazu gehörten unter anderem zentrale Aussagen des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung zu den Bereichen Bildung, Jugendsozialarbeit und Jugendförderung sowie aktuelle Entwicklungen in der Schulsozialarbeit.

Auch die Umsetzung des Startchancen-Programms in den Ländern, das Grundlagenpapier Schulsozialarbeit, der Abschlussbericht der Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung" sowie das Gewaltpräventionsprojekt „miteinander.stark.sicher – gemeinsam für eine gewaltfreie Schule" wurden in den fachlichen Austausch einbezogen.

Solche Informationen aus Bund und Land ermöglichen es, politische Entwicklungen frühzeitig einzuordnen und ihre möglichen Auswirkungen auf die Praxis der Jugendsozialarbeit gemeinsam zu diskutieren. Zugleich bieten sie Raum, Rückmeldungen aus den Einrichtungen aufzunehmen und Erfahrungen aus der Praxis in die fachpolitische Arbeit einzubringen.

Informationen aus den Einrichtungen – Praxis im Austausch

Neben der Information über politische und fachliche Neuerungen ist der Austausch mit den Einrichtungen ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit der LAG KJS NRW. Berichte über aktuelle Entwicklungen vor Ort sowie konkrete Themen und Fragestellungen aus der Praxis bieten wichtige Anknüpfungspunkte für die fachpolitische Arbeit.

Zur Stärkung der Vernetzung im Bereich der Jugendberufshilfe wurde im Jahr 2025 die regelmäßige digitale Austauschrunde „Berufliche Integration" etabliert. Die Treffen im Juni, August und Dezember boten Raum für den Dialog über aktuelle politische und fachliche Entwick-

Die Erfahrungen der Träger und Einrichtungen machen sichtbar, wie sich politische Entscheidungen und veränderte Rahmenbedingungen konkret auf die Arbeit mit jungen Menschen auswirken.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

- Fachlicher Austausch und Vernetzung
- Informationen aus Bund und Land
- Informationen aus den Einrichtungen
- **Kirchenpolitischen Herausforderungen begegnen**
- Katholische Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländern

Impressum

lungen, regionale Unterschiede sowie konkrete Herausforderungen aus der Praxis. Das neue Format stärkte die fachliche Rückkopplung zwischen den Trägern und der LAG KJS NRW und förderte zugleich die Vernetzung der Einrichtungen untereinander. Die Austauschrunde entwickelte sich schnell zu einem wichtigen Ort für kollegiale Beratung, Erfahrungsaustausch und gemeinsame fachpolitische Einordnung.

Aufgrund der positiven Resonanz wird das Format im Jahr 2026 fortgeführt.

Die Erfahrungen der Träger und Einrichtungen machen sichtbar, wie sich politische Entscheidungen und veränderte Rahmenbedingungen konkret auf die Arbeit mit jungen Menschen auswirken.

Für die LAG KJS NRW ist die kontinuierliche Verbindung zwischen Praxis, Politik und Fachöffentlichkeit ein wesentlicher Bestandteil ihrer Arbeit. Sie ermöglicht es, Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen, Herausforderungen aus der Praxis aufzunehmen und die Perspektiven der Jugendsozialarbeit in fachpolitische Prozesse einzubringen. Entscheidend ist dabei, bestehende Kontakte nicht nur punktuell zu nutzen, sondern sie dauerhaft als Grundlage für Interessenvertretung, fachliche Positionierung und gemeinsame Weiterentwicklung zu verstehen.

Kirchenpolitischen Herausforderungen begegnen

Die katholische Kirche befindet sich angesichts zurückgehender Kirchensteuereinnahmen, zunehmender Kirchenaustritte und des wachsenden Mangels an hauptamtlichen pastoralen Mitarbeitenden in umfassenden Veränderungsprozessen. Die Frage, wie Kirche künftig gestaltet sein kann und welche Strukturen dafür notwendig sind, beschäftigt auch die fünf (Erz-)Diözesen in Nordrhein-Westfalen.

Von diesen Entwicklungen sind katholische Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit unmittelbar und mittelbar betroffen. Als katholische Einrichtungen verstehen sie sich als Teil von Kirche und begreifen ihr Engagement für benachteiligte junge Menschen als Ausdruck sozialpastoralen Handelns. Vor diesem Hintergrund setzt sich die LAG KJS NRW damit auseinander, wie die Jugendsozialarbeit auch in veränderten kirchlichen Strukturen sichtbar und wirksam verankert bleiben kann.

Die Mitgliederversammlung der LAG KJS NRW hat sich im Jahr 2025 mit diesen Veränderungsprozessen befasst und den Austausch über zukünftige Entwicklungen angestoßen. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die zunehmende Veränderung kirchlicher Organisationsformen. Modelle wie größere pastorale Räume oder sogenannte Stadtpfarreien sind Ausdruck dieser Entwicklung und prägen zunehmend die territoriale Seelsorge.

Die aktuellen Veränderungsprozesse bieten zugleich die Chance, die Bedeutung der Jugendsozialarbeit innerhalb kirchlicher Strukturen neu sichtbar zu machen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

- Fachlicher Austausch und Vernetzung
- Informationen aus Bund und Land
- Informationen aus den Einrichtungen
- Kirchenpolitischen Herausforderungen begegnen
- **Katholische Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländern**

Impressum

In diesen neuen Strukturen werden auch kirchliche Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit neu wahrgenommen und müssen ihre Rolle gegebenenfalls neu definieren. In einem ersten Austausch stellte Björn Szymanowski, Bereichsleiter Pastoralentwicklung im Bistum Essen, den Mitgliedern der LAG KJS NRW die Überlegungen seines Bistums unter dem Leitgedanken „Christlich leben. Mittendrin“ vor.

Auch wenn die Ausgangslagen und Veränderungsprozesse in den fünf (Erz-)Diözesen Nordrhein-Westfalens vergleichbare Herausforderungen aufweisen, bestehen zugleich regionale Besonderheiten, die Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit – insbesondere die in den diözesanen Arbeitsgemeinschaften Jugendsozialarbeit zusammengeschlossenen Akteur*innen – vor unterschiedliche Anforderungen stellen.

Die aktuellen Veränderungsprozesse bieten zugleich die Chance, die Bedeutung der Jugendsozialarbeit innerhalb kirchlicher Strukturen neu sichtbar zu machen und das vorhandene fachliche Wissen sowie die Erfahrungen der Träger in die zukünftige Gestaltung einzubringen.

Die LAG KJS NRW begleitet die Entwicklungen in den Diözesen, unterstützt den Austausch zwischen den Beteiligten und trägt dazu bei, positive Erfahrungen und gelingende Ansätze über diözesane Grenzen hinweg sichtbar zu machen und weiterzugeben.

Katholische Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländern

Auf Initiative der Landesarbeitsgemeinschaften Katholische Jugendsozialarbeit organisierte die BAG KJS im September 2025 einen bundesweiten Austausch zur Situation der katholischen Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländern.

Hintergrund war die besondere strukturelle Situation vor Ort: Während in den westlichen Bundesländern häufig

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

- Fachlicher Austausch und Vernetzung
- Informationen aus Bund und Land
- Informationen aus den Einrichtungen
- Kirchenpolitischen Herausforderungen begegnen
- **Katholische Jugendsozialarbeit in den östlichen Bundesländerne**

Impressum

gewachsene landesweite Zusammenschlüsse katholischer Träger bestehen, gibt es in den östlichen Bundesländern kaum flächendeckende Strukturen dieser Art. Ziel des Austauschs war es daher, einen besseren Einblick in die Herausforderungen der dort tätigen Träger und Einrichtungen zu gewinnen.

Für die LAG KJS NRW war insbesondere die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen demokratiefeindlicher, rassistischer und rechtsextremer Entwicklungen auf die Arbeit mit benachteiligten jungen Menschen von besonderer Bedeutung. Dabei wurde deutlich, dass die Herausforderungen regional sehr unterschiedlich wahrgenommen und bearbeitet werden.

Insbesondere Einrichtungen im Bereich der Migrationsarbeit berichten von Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber Mitarbeitenden sowie von Angriffen auf Einrichtungen. Teilweise zeigen sich auch Auswirkungen auf kommunaler Ebene, beispielsweise durch Diskussionen über die Finanzierung von Angeboten der Jugendhilfe. Gleichzeitig wurde deutlich, dass politische Einstellungen in der Bevölkerung nicht überall unmittelbar im Arbeitsalltag der Einrichtungen sichtbar werden und die Erfahrungen der Träger stark von den jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen abhängen.

Neben diesen spezifischen Herausforderungen beschäftigen Träger und Einrichtungen in Ost und West gemeinsame Themen. Dazu gehören insbesondere zurückgehende Fördermittel, der Fachkräftebedarf sowie die Sicherstellung von Unterstützungsangeboten für benachteiligte junge Menschen im ländlichen Raum.

Die besondere historische Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer sowie die Situation der katholischen Kirche als Diasporakirche – in weiten Teilen der östlichen Bundesländer gehören nur wenige Menschen der katholischen Kirche an – haben dazu beigetragen, dass sich katholische freie Träger der Jugendhilfe vielfach eher regional und kommunal als flächendeckend entwickelt haben.

Im Austausch wurde deutlich, dass sich Träger und Einrichtungen angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen verstärkt mit dem Thema „Haltung“ auseinandersetzen müssen. Dazu braucht es Räume für Reflexion, Austausch und gemeinsame fachliche Positionierung.

Die Fortführung des gewählten Austauschformats wurde daher von den Beteiligten begrüßt. Eine regelmäßige, beispielsweise halbjährliche Fortsetzung bietet die Möglichkeit, Erfahrungen zu teilen, Herausforderungen gemeinsam zu bearbeiten und die bundesweite Vernetzung der katholischen Jugendsozialarbeit weiter zu stärken.

Es braucht Räume für Reflexion, Austausch und gemeinsame fachliche Positionierung für Träger und Einrichtungen angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen.

Vorwort

Auf politische Ereignisse reagieren

Landes- und fachpolitische Entwicklungen

Fachlicher Austausch und Vernetzung mit der Praxis auf Landes- und Bundesebene

Impressum

Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e. V.

Anschrift:
Kleine Spitzengasse 2–4
50676 Köln
Tel.: 0221/16 53 79-0
E-Mail: lag-kjs-nrw@jugendsozialarbeit.info
Web: www.jugendsozialarbeit.info

Vorstand:
Selina Säger, Köln
Frank Janßen, Xanten
Dietmar Vitt, Siegen

Impressum

Herausgeber:
Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e. V. (LAG KJS NRW)
Kleine Spitzengasse 2–4
50676 Köln
Verantwortlich i. S. d. P.: Stefan Ewers
Redaktion: Franziska Schulz
Gestaltung: büropecher, www.bueropecher.de, Köln
Fotos: S. 03 (r): Franziska Schulz; S. 03 (l): Erzbistum Köln; S. 04: Golero; S. 06: nemke; S. 08: FatCamera; S. 09: Sima_ha; S. 10: Ridofranz; S. 12: urbazon; S. 13: golero; S. 14: AndresGarciaM; S. 16: Valeriy_G; S. 18: industryview; S. 20: Wasan Tita; S. 21: SolStock; S. 23: mapodile; S. 25: Lorado; S. 29: Mikolette; S. 32: PeopleImages

Danksagung:
Dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration Nordrhein-Westfalen, dem Erzbistum Köln und dem Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gilt unser Dank für die finanzielle Unterstützung der Arbeit der LAG KJS NRW.

Geschäftsstelle

Stefan Ewers, Geschäftsführer
Tel.: 0221/16 53 79 20
E-Mail: stefan.ewers@jugendsozialarbeit.info

Manuela Klein, Verwaltung
Tel.: 0221/16 53 79 10
E-Mail: manuela.klein@jugendsozialarbeit.info

Sarah Mans, Fachreferentin
Tel.: 0221/16 53 79 27
E-Mail: sarah.mans@jugendsozialarbeit.info

Christine Müller, Fachreferentin
Tel.: 0221/16 53 79 26
E-Mail: christine.mueller@jugendsozialarbeit.info

Franziska Schulz, Fachreferentin
Tel.: 0221/16 53 79 22
E-Mail: franziska.schulz@jugendsozialarbeit.info

Landesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e. V.

Kleine Spitzengasse 2–4
50676 Köln
Tel.: 0221/16 53 79-0
Fax: 0221/16 53 79-11
E-Mail: lag-kjs-nrw@jugendsozialarbeit.info
Web: www.jugendsozialarbeit.info